



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Europäische Sustainable Finance Agenda als Chance für ökologische Modernisierung und Klimaschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Einigung des Europäischen Parlaments und des Ministerrats auf einen Kompromiss für die Klassifizierung nachhaltiger Investments im Rahmen der Sustainable Finance Agenda.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Umsetzung der Sustainable Finance Agenda auf allen Ebenen zu unterstützen und im eigenen Wirkungsbereich umzusetzen. Dabei sind

- die Kapitalanlage- und Förderpolitik Bayerns an den Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auszurichten,
- bei allen Anlageportfolios in der Verantwortung des Freistaats Bayern das Divestment aus fossilen und atomaren Energieunternehmen sicherzustellen und
- Divestment aus fossilen und atomaren Energieunternehmen auch auf kommunaler Ebene zu unterstützen.

Begründung:

Nur mit einer eindeutigen Regulierung kann sich der Markt für nachhaltige Finanzprodukte weiter entwickeln. Nur durch die Festlegung eindeutiger Kriterien kann nachhaltige Geldanlage für Anlegerinnen und Anleger attraktiver gemacht werden.

Mit dem Kompromiss zwischen Parlament und Ministerrat schafft Europa Eindeutigkeit bei der Frage, welche Finanzprodukte sich nachhaltig nennen dürfen. Die Klassifizierung schiebt Greenwashing den Riegel vor und schafft die für das Funktionieren des Finanzmarktes notwendige Transparenz. Denn durch die Kennzeichnung von Finanzprodukten werden bestehende Risiken in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance sichtbar und können vom Markt eingepreist werden.

Es ist ein großer Erfolg, dass nun alle Finanzprodukte die Klassifizierung anwenden oder klar angeben müssen, dass sie es nicht tun. Kohle ist explizit ausgeschlossen aus nachhaltigen Finanzprodukten, während die Hürden für Atomkraft so hoch gesetzt sind, dass sie keinen Weg in ein nachhaltiges Finanzprodukt finden kann.

Dadurch werden private Investitionen in eine grüne Ökonomie freigesetzt und kostengünstiger. Für Förderbanken wie EIB und KfW werden die Regeln den neuen Maßstab für ihre Investitionen setzen. Selbst die EZB hat angekündigt, die neuen Regeln anzuwenden. Umweltschädliche Investments werden sich verteuern.

Auch für den Staat verbessern sich die Rahmenbedingungen, um das Divestment aus fossilen und atomaren Energieunternehmen umsetzen zu können.